

Betriebs- und Personalräteforum des Landtagsabgeordneten Alexander Schoch und der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke



Von links Alexander Schoch MdL, Beate Müller-Gemmeke MdB und Thomas Steinebrunner (DGB Regionssekretär).

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Alexander Schoch hat in Emmendingen zum Betriebs- und Personalräteforum geladen. Zu Gast war die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Sie ist Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen Fraktion im Deutschen Bundestag und Thomas Steinebrunner, Regionssekretär des DGB-Südbaden. Mit diesem Forum will Alexander Schoch einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen grüner Politik und den Betriebs- und Personalräte aus dem Landkreis Emmendingen gewährleisten.

Die beiden Abgeordneten waren sich einig: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Gehalt auch leben können. In vielen Fällen zahlen nicht tarifgebundene Unternehmen ihren Arbeitnehmerinnen unakzeptable Stundenlöhne zwischen 3 bis 7 Euro. Dies bedeutet bei einer 40 Stunden Woche einen Bruttolohn von nicht einmal 800 Euro monatlich. Der DGB Regionssekretär Thomas Steinebrunner erläuterte die Problematik anhand verschiedener Beispiele, die anschaulich den Handlungsbedarf in der Tarif- und Lohnpolitik deutlich machen. Als Konsequenz des Lohn- und Sozialdumpings fordert Steinebrunner den gesetzlichen Mindestlohn.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland, wird von den beiden Grünen Abgeordneten unterstützt. Die grün-rote Landesregierung hat reagiert und das Tariftreue – und Mindestlohngesetz auf den Weg gebracht. „Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten mindestens einen Stundenlohn von 8,50

Euro zahlen bzw. die Tarifverträge einhalten“, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Alexander Schoch.

Werkverträge und Leiharbeit waren weitere Themen des Forums. Immer mehr Unternehmen verlagern Aufgaben aus der Produktion mit Hilfe von Werkverträgen auf ungeschützte Arbeitsverhältnisse, so die Kritik aus der Mitte der Betriebs- und Personalräte. Mit Hilfe dieser Werkverträge werden bisherige Arbeitsleistungen der Stammbeslegschaft ausgehebelt. Konsequenz davon ist, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wegfallen sowie die mit Werkvertrag Beschäftigten ihre soziale Absicherung verlieren und oft auch noch schlechter bezahlt werden. Hier werden aus Personalkosten Sachkosten gemacht. „Um hier einen Missbrauch zu unterbinden brauchen wir mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Personal- und Betriebsräte sowie eine klare rechtliche Definition und Abgrenzung des Begriffes Werkvertrag,“ so die beiden grünen Experten für Arbeitnehmerrechte Schoch und Müller-Gemmeke.

Hinsichtlich der Leiharbeit bestand der Konsens, dass eine Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes mehr als überfällig ist. „Das Prinzip Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und zwar ab dem ersten Tag, muss von der zukünftigen Bundesregierung dringend umgesetzt werden“, fordert die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke.

Zudem machte sie auf das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie den Aspekt Stress am Arbeitsplatz aufmerksam. „Niemand darf von den Beschäftigten erwarten, rund um die Uhr erreichbar zu sein und in der Freizeit auf Abruf dienstlich zur Verfügung zu stehen“, verdeutlichte Müller-Gemmeke. Dabei handelt es sich um eine physische Belastung die auf Dauer krank macht. Die Folge ist eine negative Belastung des Privat- und Berufslebens. „Deswegen müssen wir im Arbeitsschutz mit einer Anti-Stressverordnung reagieren“, so Müller-Gemmeke.

Das Thema gute und sichere Arbeit ist für Alexander Schoch ein Anliegen das zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg beiträgt. Für den Landtagsabgeordneten ist es wichtig, die Diskussion gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten im Landkreis zu etablieren. „Dieses Forum bietet eine Möglichkeit zum Austausch zwischen Politik und der Arbeitnehmervertretung in der Region. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Arbeitnehmerrechte in Land und Bund kontinuierlich zu verbessern. Die Erfahrung zeigt, dass Betriebe mit einer guten Mitbestimmungskultur sich am Markt erfolgreich durchsetzen und die Motivation und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigt“, so Schoch.